
Ursachen rechtspopulistischer Haltungen

Rezension von: Jörg Flecker, Sabine Kirschenhofer, *Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs*, edition sigma, Berlin 2007, 165 Seiten, € 15,90.

„Daham statt Islam“, „WIR für Österreich“, „Arbeit statt Zuwanderung“, „Recht & Ordnung statt Asylmissbrauch“. Mit Wahlslogans aus österreichischen Wahlkämpfen auf dem Titelblatt des jüngsten Bandes der FORBA-Forschung ist der Einstieg ins Thema ein unmittelbarer und schneller – die Slogans ziehen den Blick zunächst fast stärker an als der Titel des Buches selbst.

Jörg Flecker und Sabine Kirschenhofer haben mit ihrem Buch eine bemerkenswerte empirisch-qualitative Analyse von Zusammenhängen vorgelegt, denen in der bisherigen wissenschaftlichen – gar nicht zu reden von der öffentlichen – Debatte nur wenig Bedeutung beigemessen wurde. Die Studie entstand im Rahmen eines, zwischen 2001 und 2004 durchgeführten, europäischen Forschungsprojekts,¹ in dem „die subjektiven Wahrnehmungen und die individuellen Reaktionen auf den sozio-ökonomischen Wandel und insbesondere auf die Umbrüche in der Arbeitswelt“ (S. 7) untersucht worden sind.

Die Zielsetzungen der Studie sind hochgesteckt: Neben einem verbesserten Verständnis für die Akzeptanz rechtspopulistischer Inhalte – und nicht deren Be- und Verurteilung (S. 9) – und einer empirischen Absicherung bestehender wissenschaftlicher The-

sen, zielt sie darauf ab, die „Vielfalt der möglichen Zugänge“ zum Rechtspopulismus aufzuzeigen und damit „den Streit darüber [zu] (relativieren), was nun wirklich die Hauptursache für den Aufstieg des Rechtspopulismus sei“ (S. 8). Die forschungsanleitende Frage ist dabei, „wie sich die subjektive Wahrnehmung und Verarbeitung des sozio-ökonomischen Wandels und insbesondere der Umbrüche in der Arbeitswelt in politische Subjektivität umsetzt“ (S. 8), wobei als „Potenziale politischer Subjektivität“ unter Bezugnahme auf Helmut Dubiel² der „umfassendere Rahmen der Gesellschaftsbilder, der normativen oder moralischen Vorstellungen von sozialer Ordnung, der Gerechtigkeitskonzepte und Benachteiligungsgefühle, der Glückshoffnungen und Frustrationserfahrungen, der Bedürfnisse nach Anerkennung und kultureller Identität“ (S. 8) von Menschen definiert werden. Damit wird ein breites Spektrum an Einflussfaktoren einbezogen, das über die Parteipräferenz oder das Wahlverhalten weit hinausgeht.

Das Buch ist in sechs Kapitel gegliedert. Das Erste beschäftigt sich mit verschiedenen Ansätzen zur Erklärung der Folgen von sozioökonomischem Wandel, wobei zwei wesentliche Erklärungsstränge diskutiert werden. Ersterer fokussiert auf die tief greifenden sozio-ökonomischen Veränderungen und die daraus resultierenden Instabilitäten und Verunsicherungen, die den Zulauf zum Rechtspopulismus erhöhen. Relevant sind dabei nicht in erster Linie die objektiven Verschlechterungen, sondern die subjektive Bedeutung, die den Veränderungen jeweils beigemessen wird: Es geht also nicht nur um die „große Not“, sondern ebenso um die „kleinen Nöte“ (Bourdieu), wie sie sich aus Sicht der Betrof-

fenen ergeben (S. 13). Dies erkläre die Empfänglichkeit für Rechtspopulismus auch bei jenen Bevölkerungsgruppen, die nach objektiven Kriterien nicht von sozialem Abstieg bedroht sind bzw. die einen sozialen Aufstieg geschafft haben.

Ein zweiter Erklärungsstrang (S. 20ff) bringt den Aspekt der Bedrohung kultureller Identität ins Blickfeld. Von rechtspopulistischen Parteien würden weniger die Veränderungen in der Arbeitswelt thematisiert, als vielmehr die „Überfremdung“, die „Verteidigung christlicher Werte“ und ähnliches. Flecker und Kirschenhofer verweisen dabei auf den engen Zusammenhang zwischen den beiden Erklärungssträngen: Erstens, sei die Immigration eine reale Bedrohung für jene Bevölkerungsgruppen, die mit den ImmigrantInnen um Arbeitsplätze und Wohnungen konkurrieren; zweitens würden in der öffentlichen Diskussion weder die Problemlagen der Unterschichten noch der MigrantInnen ausreichend beachtet; drittens spürten gerade die Unterschichten die aus der Immigration resultierenden Probleme am direktesten.

Die „populistische Lücke“, so die zentrale These von Flecker und Kirschenhofer, sei darauf zurückzuführen, „dass rechtspopulistische Parteien die Lücke nutzen konnten, die der sozio-ökonomische Umbruch und seine unzureichende politische Verarbeitung hinterließen“. Diese populistische Lücke sei „auf mehreren Ebenen zu erkennen: in der öffentlichen Wahrnehmung von Problemlagen, in der Anerkennung von sozialen Identitäten, in den Angeboten für die Deutung gesellschaftlicher Entwicklungen und in der Berücksichtigung, Vertretung und Durchsetzung von Interessen“ (S. 12). Die Relevanz des sozio-ökonomischen

Wandels und seiner Folgen – im Sinne von Verunsicherungen, Arbeitsplatzverlust, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, mangelnder Anerkennung, Erhöhung von Arbeitsdruck und Stress, Abstiegsgefährdung etc. – für die Empfänglichkeit für den Rechtspopulismus, so die sehr plausible Argumentation, „ergibt sich zunächst aus der Tatsache, dass gesellschaftliche Integration fast ausschließlich über Erwerbsarbeit und erwerbsbezogene soziale Absicherung erfolgt und die soziale Position überwiegend von der Berufstätigkeit abhängig ist“. Gleichzeitig werde „die Artikulation der Probleme tabuisiert und (es) fehlt an politischen Lösungsangeboten“ (S. 32).

Die These von der populistischen Lücke geht daher davon aus, dass „sich die rechtspopulistische Mobilisierung also keineswegs nur auf fundamentalistische, ethnisierende Identitätspolitik, sondern ganz zentral auch auf die Anerkennung materieller und symbolischer Interessen, die auf das Erwerbsleben, aber auch auf die soziale Absicherung, den Wohnungsmarkt oder das Bildungssystem bezogen sind (stützt)“ (S. 32f). Diese Schwerpunktsetzung auf die Umbrüche in der Arbeitswelt würde keineswegs auf eine „eindimensionale Erklärung des Rechtspopulismus“ hinauslaufen, sondern vielmehr hervorheben, „dass für verschiedene Gruppen und Personen möglicherweise unterschiedliche Erklärungen nötig sind“.

Laut Flecker und Kirschenhofer eigne sich die Phase seit Mitte der 1980er Jahre besonders gut für eine Analyse des Zusammenhangs zwischen sozio-ökonomischem Wandel und dem Aufstieg des Rechtspopulismus, denn dieser Wandel sei besonders tief greifend gewesen. Dazu zählten u. a.:

* das vergleichsweise späte Einset-

- zen der wirtschaftlichen Krise gegen Ende der 1970er Jahre;
- * die Veränderung der „Spielregeln in Kernbereichen des Beschäftigungssystems“ durch die Privatisierung der verstaatlichten Industrie;
 - * die Abkehr vom Austrokeynesianismus, die „den kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit politisch unbeantwortet“ ließ;
 - * die Liberalisierung der Märkte im Gefolge des EU-Beitritts Österreichs 1995;
 - * die Zunahme der Einwanderung in den 1990er Jahren sowie die
 - * Erweiterung der EU im Jahr 2004, die „gerade für Österreich große Änderungen in der internationalen Arbeitsteilung brachte“ (S. 36).

Dieser Wandel auf verschiedenen Ebenen hätte u. a. beträchtliche Verunsicherung nach sich gezogen. Ein weiterer Faktor der Unsicherheit läge zudem in einer zunehmenden Atypisierung der Beschäftigung, d. h. in einer Zunahme jener Beschäftigungsformen, die vom sogenannten „Normalarbeitsverhältnis“ abweichen. In der Folge argumentieren Flecker und Kirschenhofer, die Atypisierung stelle „zwar eine bedeutende, möglicherweise aber nicht die wichtigste und folgenreichste Veränderung dar. Während die drastische Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, die häufig behauptet wird, nicht in dem Ausmaß zu beobachten ist, zeigen sich gravierende Veränderungen innerhalb des Normalarbeitsverhältnisses“. Diese beruhten „insbesondere auf Veränderung der Eigentumsverhältnisse, den gestiegenen Renditeerwartungen der (neuen) Kapitaleigner, der Liberalisierung von Märkten und den Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung“ (S. 39).

M. E. ist dies eine der besonders

wichtigen Erkenntnisse dieser Studie, legt sie doch den Finger auf eine weitere Lücke: die unzureichende Thematisierung von Veränderungen und Problemlagen innerhalb des so genannten „Normalarbeitsverhältnisses“ sowohl auf (interessen)politischer wie auch auf wissenschaftlicher Ebene. Dies könnte gerade aus Sicht der Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen quasi als Arbeitsauftrag gelesen werden. Grundsätzlich wäre gegen diesen Befund dennoch einzuwenden, dass ein Gegeneinander-Ausspielen – nach dem Motto: welches ist das größere Problem? – als problematisch erscheint, insbesondere wenn die langfristig negativen Folgewirkungen atypischer Beschäftigung im Rahmen der Systeme sozialer Sicherung mitbedacht werden. Handlungsbedarf gibt es vielmehr auf beiden Ebenen.

Flecker und Kirschenhofer kommen zum Schluss, dass die Unsicherheiten im Untersuchungszeitraum, d. h. seit Mitte der 1980er Jahre, auf mehreren Ebenen zugenommen haben. Begleitet seien diese Entwicklungen von einem „geradezu überschießendem Diskurs der Unsicherheit“ (S. 42) in dem sich PolitikerInnen für mehr Flexibilität und Mobilität stark gemacht, mehr Eigenverantwortung und den Verzicht auf Ansprüche eingefordert hätten. „Mehr noch als die tatsächlichen Veränderungen könnte (...) diese Selbstaufgabe der Politik (...) zu dem politischen Vakuum geführt haben, das der Rechtspopulismus so geschickt zu nutzen wusste“. So plausibel diese These klingt, so schade ist, dass sie in dem Buch nicht weiter konkretisiert wird.

Das Herzstück des Buches (S. 59–156) bilden 32 qualitative problemzentrierte Leitfadeninterviews, die mit Personen in jenen Branchen durchgeführt wurden, die vom sozio-ökono-

mischen Wandel besonders betroffen waren (Informationstechnologie, Telekom und Post, Metall- und Elektroindustrie und persönliche Dienstleistungen).

Das Interviewmaterial wurde in der Folge analysiert und einer dreistufigen Typologie zugeordnet: AufsteigerInnen, Abstieg(sgefährdung) und prekäre Lebenslagen.

Der Gruppe der AufsteigerInnen wurden Interviewte zugeordnet, die in den letzten Jahren eine Verbesserung ihrer sozio-ökonomischen Position erfahren haben, so etwa Selbstständige oder Angestellte in Berufen der IT-Branche bzw. Beschäftigte bei Post und Telekom, die ihren Status durch eine Beförderung verbessern konnten. Bemerkenswert dabei erscheint, dass die Befragten ihre subjektive Situation ungeachtet ihres beruflichen Erfolges nicht notwendigerweise positiv beurteilen – zu schwer wiegen dafür die wahrgenommenen Kosten des Erfolgs: überlange Arbeitszeiten, ständige Verfügbarkeit, hoher Leistungsdruck und Stress mit Gesundheitsfolgen etc. Dem stehen flache Hierarchien und Mitsprache in betrieblichen Veränderungsprozessen, Mitgestaltung bei den Arbeitszeiten und -inhalten sowie relativ hohe Einkommen und Anerkennung gegenüber. Im Hinblick auf individuelle Gerechtigkeitskonzeptionen steht bei diesen Personen das Leistungsprinzip an vorderster Stelle, dessen Verletzung als Ungerechtigkeit erlebt wird. Der Bogen dieser empfundenen Ungerechtigkeiten spannt sich von einer Verletzung des freien Wettbewerbs bis hin zu einem als zu freizügig empfundenen Sozialsystem.

Dem zweiten Typus werden jene Befragten zugeordnet, die einen Abstieg hinnehmen mussten oder von einem solchen bedroht sind. Dies sind Ar-

beiter in der Eisen- und Stahlindustrie oder Beschäftigte bei der Post- und Telekom, die von Ausgliederungen, Umstrukturierungen oder Rationalisierungen negativ betroffen sind: Sie haben Einbußen bei ihrem Gehalt oder bei betrieblichen Sozialleistungen hinnehmen müssen, ihre Arbeitsbedingungen haben sich deutlich verschlechtert, oder sie haben ihren Arbeitsplatz verloren. Auch bei ihnen spielt die vom Leistungsprinzip geprägte Arbeitsorientierung eine große Rolle, die Arbeit ist von besonderer Bedeutung für die persönliche Identität, sie gibt Halt, Stabilität und Sinn. Frustrationen erwachsen aus der Kluft zwischen inhaltlichen Ansprüchen an die Arbeit und den mangelnden Möglichkeiten, diese umzusetzen. Insbesondere bei Arbeitern kommt dem Aspekt der Sicherheit und Planbarkeit eine große Bedeutung bei, da sie sich ihrer Austauschbarkeit am Arbeitsmarkt und ihrer geringen Aufstiegschancen deutlich bewusst sind. Vor diesem Hintergrund trägt vor allem der wahrgenommene Mangel an Anerkennung und Wertschätzung zum Empfinden von Ungerechtigkeiten bei. Schwierige Arbeitsbedingungen konnten so lange in Kauf genommen werden, als dafür ein bestimmtes Maß an Wohlstand und Anerkennung erhalten wurde. Dessen Entfall verursacht Gefühle der Kränkung und Abwertung sowie Ressentiments für Gruppen, die diese Anerkennung angeblich erhalten, obwohl sie es aus Sicht der Befragten nicht verdienen.

Der dritte Typus der „Prekarisierten“ ist der heterogenste. Zu ihm zählen geringfügig Beschäftigte, arbeitslose Menschen und neue Selbstständige, die ihre Existenz mit ihrer Arbeit nicht eigenständig sichern können. Die Gruppe repräsentiert eine große Vielfalt an Lebenslagen und Erfahrungen,

groß sind daher auch die Unterschiede in den subjektiven Wahrnehmungen und Verarbeitungsmustern. Die jeweilige individuelle Lage wird aber – abgesehen von der Situation am Arbeitsmarkt – u. a. sehr stark auch von der Lebensgeschichte und der familiären Situation geprägt. Dies gilt insbesondere für Frauen, die angesichts ihrer „doppelten Vergesellschaftung“ (Regina Becker-Schmidt) eine doppelte Ungerechtigkeit erleben. Der Zorn der Befragten richtet sich gegen jene, die „es sich richten können“: PolitikerInnen, aber auch Flüchtlinge...

Resümierend kann als großer Erkenntnisgewinn aus den Interviews festgestellt werden, dass sie zum einen die Komplexität der Phänomene „Empfänglichkeit für den Rechtspopulismus: ja oder nein“ sehr anschaulich vor Augen führen. Dies gilt auch für die Einblicke in die Vielschichtigkeit und Ambivalenzen der Veränderungen des Arbeitslebens, wie sie von den Betroffenen erlebt werden. Eindrucksvoll wird gezeigt, dass die Attraktivität von Rechtspopulismus sehr unterschiedliche Ursachen haben kann. Zum anderen wird auch aufgezeigt, dass ähnliche Bedingungen und Erfahrungen höchst unterschiedlich gedeutet und verarbeitet werden: Bei den einen haben sie eine deutliche Affinität für den Rechtspopulismus zur Folge, bei den anderen hingegen nicht. Bei manchen führen die eigenen leidvollen Erfahrungen sogar zu einer Stärkung von Positionen, die Solidarität, Menschenwürde und politische Gestaltbarkeit der Arbeitswelt betonen. Aus den Interviews geht jedoch nicht hervor, warum dies so ist.

Dennoch können Flecker und Kirschenhofer auf Basis der Interviews einige plausible Faktoren benennen, die eine Unempfänglichkeit für den

Rechtspopulismus begünstigen: Dazu zählt u. a. das selbst in prekären Lebenslagen dominierende Gefühl, die eigene Situation gestalten zu können, und zwar in einer Art und Weise, die eine Verbesserung der Situation nach sich zieht. Gleichzeitig geht die Empathie für andere Menschen und deren Schicksale nicht verloren, was zu einer Ablehnung ausgrenzend-autoritärer Positionen führt.

Insgesamt haben Flecker und Kirschenhofer eine beeindruckende Studie vorgelegt, die die Möglichkeiten qualitativer empirischer Forschung voll auslotet, in dem Sinne, als bestehende Thesen bestätigt oder aber auch relativiert werden. Sie haben damit einen sehr wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis des Rechtspopulismus in Österreich seit Mitte der 1980er Jahre geleistet. Gleichzeitig zeigen sich aber auch die Grenzen qualitativer empirischer Forschung, insofern als beispielsweise generalisierende Aussagen nicht möglich sind: So ist etwa anzunehmen, dass eine ähnliche Studie, die in Kärnten durchgeführt würde, eine Reihe weiterer Einflussfaktoren berücksichtigen müsste.

Flecker und Kirschenhofer beenden ihre Analyse mit der Feststellung, dass „Wahlniederlagen, Spaltungen oder auch die Auflösung rechtspopulistischer Parteien kein Anlass zur Entwarnung sein (sollen)“, da einerseits „längst andere Parteien rechtspopulistische Positionen übernommen (haben)“, und andererseits seien „die grundlegenden gesellschaftlichen Probleme, die zu seinem [des Rechtspopulismus, U. F.] Aufstieg entscheidend beigetragen haben, nach wie vor ungelöst und bilden weiterhin einen Nährboden für eine ausgrenzend-autoritäre Verarbeitung“ (S. 158).

Wie zutreffend diese Einschätzung

ist, führen die im Zusammenhang mit dem Beginn des Wahlkampfs in Graz vom BZÖ lancierten Slogans – mit dem Ruf nach „Säuberungen“³ – sehr drastisch vor Augen. Dies zeigt gleichermaßen auch die Brisanz und Relevanz der von Flecker und Kirschenhofer vorgelegten Studie.

Ursula Filipič

Anmerkungen

- ¹ Socio-economic Change, Individual Reactions and the Appeal of the Extreme Right (SIREN). Nähere Informationen zum Forschungsprojekt, an dem acht Länder beteiligt waren, sowie zum diesbezüglichen Gesamtendbericht finden sich auf folgender Homepage: www.siren.at.
- ² Helmut Dubiel, *Ungewissheit und Politik* (Frankfurt am Main 1994).
- ³ Vgl. dazu u. a. das von ORF2 übertragene „Sommergespräch“ zwischen Peter Westenthaler und Elmar Oberhauser vom 17. August 2007.